

mokratisierung“ des Kirchensteuerwesens im Sinne einer intensiveren Information, Kontrolle und Publizität ein und betonte die Notwendigkeit einer stärkeren Anerkennung der innerkirchlichen Gewissensfreiheit bei der Kirchensteuerbeitreibung. Die im Anschluß an dieses Referat geführte und von Prof. A. Hollerbach (Mannheim-Freiburg) geleitete Diskussion verlief außerordentlich lebhaft, nicht zuletzt deshalb, weil den anwesenden Kirchensteuerfachleuten und den Vertretern des Staatsrechts und der Kanonistik viele rechtspolitische Vorschläge Steinmüllers als unpraktikabel und — insbesondere wegen der damit verbundenen eklatanten Verletzung des Gleichheitssatzes im Steuerrecht — erfassungswidrig erschienen.

Nordirlands politische und religiöse Krise

Selten dürfte ein Sieger so enttäuscht gewesen sein wie der nordirische Premierminister T. O'Neill nach dem Wahlergebnis vom 24. Februar. In seinem eigenen Wahlkreis Bannside, in dem er sich der Herausforderung I. Paisleys, des streitbaren und lautstarken Sektenpredigers, zu stellen hatte, mußte er sich die in der Anzahl der Wählerstimmen ausdrückbare Sympathie mit zwei Gegenkandidaten teilen: von 16 386 Stimmen erhielt O'Neill 7745, Paisley die wohl von niemandem (außer ihm selbst) erwartete Zahl von 6331 Stimmen und der Kandidat der linksorientierten militanten Studentenbewegung „Volksdemokratie“, M. Farrell, 2310. Die Mehrheit O'Neills vor Paisley betrug nur 1414 Stimmen. Sie war um so enttäuschender, als der Premierminister sich selbst das Wahlziel „quit or double“ gestellt hatte.

Mosaik der Parteien und Flügel

Im wesentlichen ging es bei der Wahl jedoch um jene 15 Sitze, die von jeweils zwei Kandidaten der Regierungspartei umkämpft wurden: hier standen sich Anhänger und Gegner O'Neills gegenüber. Die Gegner O'Neills konnten 11 dieser 15 Sitze für sich gewinnen; unter ihnen zogen auch die im Verlauf der innerparteilichen Auseinandersetzungen demissionierten Minister Faulkner (Wirtschaft und Handel) und Craig

Die als Manuskript gedruckten und vom Bistum Essen in begrenzter Auflage herausgegebenen Hefte mit dem vollen Wortlaut der Referate und Diskussionsbeiträge der ersten drei „Essener Gespräche“ sind bereits vergriffen. Um den Ertrag der „Essener Gespräche“ einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, haben sich die Veranstalter entschlossen, von der vierten Tagung an den Wortlaut der Referate und umfangreichen Diskussionen in einer eigenen Publikationsreihe „Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche“ (Verlag Aschendorff, Münster) erscheinen zu lassen. In dieser Reihe werden auch die Hefte I—III der „Essener Gespräche“ im Laufe der nächsten Monate neu aufgelegt.

(Innenminister) wieder in das Parlament ein. Lediglich der ehemalige Gesundheitsminister Morgan verlor sein Mandat. Damit haben diejenigen, die sich dem (auch von London aus unterstützten) Reformprogramm O'Neills widersetzen, keine entscheidende Schwächung erfahren. Die Katholiken, von denen die gemäßigten Kreise der Unionspartei, besonders Premierminister O'Neill, Unterstützung erhofft hatten, gaben ihre Stimme eher den Kandidaten der Nationalistenpartei und denen der Bürgerrechtsbewegung. Entgegen allen Befürchtungen, die man aufgrund der Unruhen der vergangenen Monate haben mußte, verlief die Wahl, an der sich über 80% aller Wahlberechtigten beteiligten, recht ruhig. Die Sitzverteilung im Unterhaus hat sich nicht wesentlich geändert. Von 52 Sitzen hielt die Unionspartei vor den Wahlen 37, jetzt 36 (dazu kommen zwei unabhängige Unionisten, die erklärte Anhänger O'Neills sind). Die Nationalisten, die bisher neun Sitze innehatten, verloren drei Mandate, darunter das ihres Parteiführers McAteer. Die nordirische Labour Party hat ihre beiden Sitze behalten, ebenso die Republikanische Partei. Doch erstmals ist die neue Bürgerrechtsbewegung mit zwei Sitzen im Unterhaus vertreten. Beide wurden in dem zu 70% katholischen Londonderry gewonnen. In einem Punkt dürften sich die 14

Abgeordneten, die im Parlament der regierenden Unionspartei gegenüberstehen, einig sein: sie vertreten die berechtigten Anliegen der Bürgerrechtsbewegung und die Notwendigkeit durchgreifender Reformen. So hat die Nationalistenpartei in diesem Teil ihres Programms eine merkliche Stärkung erfahren. Allerdings trug ihre Wiedervereinigungspolitik nicht unerheblich zum Verlust von drei Unterhaussitzen bei. Wenn auch I. Paisley mit seinen Anhängern kein einziges Mandat gewinnen konnte, so ist doch mit seiner extrem militanten antikatholischen Bewegung zu rechnen. Spätestens am 24. Februar mußte man erkennen, daß diese Extremisten einen bedeutenden politischen Faktor in der Innenpolitik Nordirlands ausmachen.

Die politisch-soziale Struktur des Landes

Die gegenwärtige innerpolitische Situation in Nordirland muß vor dem Hintergrund der historischen, soziologischen und religiösen Gegebenheiten gesehen werden. Irland hat eine überaus leidvolle historische Entwicklung durchgemacht. Die im 12. Jahrhundert begonnene anglo-normannische Eroberung Irlands wurde nie vollständig abgeschlossen. Die politischen Gegensätze erreichten in der nachreformatorischen Epoche einen Höhepunkt in den zahlreichen Religionskämpfen des 16. Jahrhunderts und in den Strafexpeditionen Cromwells (u. a. 1649). Die Niederlage der französisch-irischen Armee (in der „Battle of the Boyne“ 1690) brachte Irland vollständig unter die Herrschaft der englischen Krone. Aufstände und Rebellionen gegen die englischen Landesherren machten eine ungestörte Entwicklung in den folgenden Jahrhunderten unmöglich. Nach Jahren erbitterten Freiheitskampfes wurde durch den „Home-rule“-Akt im Jahre 1921 die unabhängige Republik Irland ermöglicht. Nordirland blieb jedoch bei England. Sechs Grafschaften von Ulster, die zu etwa zwei Dritteln von Nachfahren protestantischer Einwanderer aus Schottland bevölkert sind, schlossen sich der Irischen Republik nicht an, sondern blieben eine Provinz des Vereinigten Königreiches. Nordirland besitzt zwar ein eigenes Parlament und ist mit 12 Abgeordneten im englischen Unterhaus vertreten.

Doch vertritt ein Gouverneur die englische Krone.

Diskriminierung der Katholiken

Mit einer Fläche von etwas über 13 500 qkm macht das Gebiet der sechs Grafschaften (Iren bezeichnen dieses Gebiet nicht gerne als Nordirland, da es nördlich der „Six Counties“ noch irisch-republikanisches Gebiet gibt) weniger als ein Fünftel der Insel aus. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 1,5 Millionen (30% davon sind britischer, d.h. meist schottischer Abstammung) sind 35% römisch-katholisch, 24% sind Mitglieder der anglikanischen „Church of Ireland“, 29% Presbyterianer, 5% Methodisten und 7% Anhänger verschiedener Denominationen. Die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahren besteht aus Katholiken (die eine bedeutend höhere Geburtenrate aufweisen). Doch ist der Anteil der katholischen Auswanderer mit 58% an der Gesamtzahl der Emigranten unverhältnismäßig hoch. Es ist vor allem die Arbeitslosigkeit, die viele veranlaßt, das Land zu verlassen. Wenn im Landesdurchschnitt 7% aller Erwerbsfähigen arbeitslos sind, so ist die Zahl der arbeitslosen Katholiken etwa dreimal so hoch. In den überwiegend katholischen Städten ist dies besonders deutlich erkennbar: Londonderry 18%, Strabane 24%, Enniskillen 22,1%, Newry (Grenzstadt und Schauplatz der letzten Januar-Unruhen) 18%. Viele Unternehmer weigern sich kategorisch, Katholiken zu beschäftigen. Die Katholiken sehen darin eine unerträgliche Diskriminierung. Eine weitere wesentliche Benachteiligung erfahren Nordirlands Katholiken bei der Wohnraumverteilung. Die Wohndichte ist in Nordirland um 20% größer als in England und in Londonderry (70% der Einwohner sind Katholiken) um 50%. Dort wurden (bei einer Einwohnerzahl von 55 700) seit 1965 zwar 94 Wohnungen gebaut, aber in derselben Stadt stehen nicht weniger als 1400 Familien auf der Warteliste; darunter sind Familien, die seit sechzehn Jahren auf die Zuteilung einer Wohnung warten. Zur Zeit gibt es allein in Londonderry 2000 Obdachlose. Dabei muß man wissen, daß die Wohnraumverteilung eine innenpolitisch hochbedeutsame Angelegenheit ist. Denn nach dem in Nordirland heute noch geltenden Besitzwahl-

recht hat nur der eine Stimme, der einen eigenen Wohnsitz oder sonstigen Grundbesitz hat und Grund- und Besitzsteuern zahlt. Außerdem gibt es das sogenannte „Company-vote-System“, wonach gewisse Unternehmen nach Maßgabe ihrer ökonomischen Bedeutung über eine Anzahl von Wahlstimmen frei verfügen können. Da die meisten Katholiken den ärmeren Kreisen angehören, ist ihre Stimmenzahl, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, geringer als die der Protestanten. So sind z. B. von den aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage von der Wahl ausgeschlossenen 8800 Einwohnern Londonderrys (über 21 Jahren) 7000 Katholiken. Daraus erklärt sich eines der Hauptanliegen der Bürgerrechtsbewegung: One man — one vote.

In erster Linie ein politisches Problem

Die Katholiken stellen die zahlenmäßig stärkste Konfessionsgruppe dar. Die Struktur der irischen Kirchenprovinzen nimmt keine Rücksicht auf die politischen Grenzen. Primas aller irischen Katholiken ist der Erzbischof von Armagh, derzeit Kardinal *M. Conway*, der in Nordirland residiert. Sein Bischofssitz ist mit Cashel (dem früheren Sitz irischer Könige) der älteste (seit 1111) Irlands. Aus den Verfolgungen des 16. und 17. Jahrhunderts ging das katholische Irland zwar geschwächt, aber unbeirrt im Glauben hervor. Im 18. Jahrhundert wurde die katholische Hierarchie weitgehend wiederhergestellt, und im 19. Jahrhundert vollzog sich die gesetzesmäßige Katholikenemanzipation (1829), die zu einer umfassenden Reorganisation des kirchlichen Lebens geführt hat (Kirchengebäude, Ordensniederlassungen, katholische Schulen und Priesterseminare). Die Erfahrungen der Glaubenskämpfe wirken bei den Iren stark nach. Aber dennoch wäre es falsch, die gegenwärtigen Unruhen (etwa im Sinne des „Osservatore Romano“ vom 7. 1. 69) allein unter dem Aspekt konfessioneller Gegensätze sehen zu wollen. „Wir berufen uns hier keinesfalls auf religiöse Standpunkte“, sagte *P. O'Neill*, Sekretär von Bischof *Farren* von Derry, „vielmehr beanspruchen wir unsere Rechte als *Bürger*“ (zit. nach Informations Catholiques Internationales, 1. 2. 69). Auch die bürgerrechtliche Diskriminierung der iri-

schen Katholiken ist nach Ansicht *R. Lileys* vom (protestantischen) „Belfast Telegraph“ nicht eigentlich religiös motiviert. Man fürchtet lediglich den Trend der nordirischen Katholiken nach politischer Wiedervereinigung mit der Republik Irland. Andererseits hat die besonders von der Unionspartei vertretene enge Bindung an die britische Krone auch ganz konkrete wirtschaftspolitische Gründe. Denn Hauptabsatzgebiet der nordirischen Industrieerzeugnisse (Leinenwaren, Flugzeugmotoren, Bergbauprodukte) ist Großbritannien. Der Staatshaushalt Nordirlands würde zudem ohne die Subventionen von seitens Londons, die über 25% des nordirischen Budgets ausmachen, zusammenbrechen.

Der Einfluß Paisleys

Auch die Hetztiraden Paisleys, des Führers der sog. „Free-Presbyterian Church“, von der sich die offizielle Presbyterian Church distanziert hat, dürften eher politischen Charakter haben, selbst wenn Paisley nach Westminster fuhr, um am 22. Januar 1969 eine Demonstration gegen Kardinal *J. C. Heenan* zu organisieren, der in der (anglikanischen) St. Paul's Cathedral eine Predigt hielt. Man erinnert sich, daß es ebenfalls Paisley gewesen ist, der in Rom einen ähnlichen Protest inszeniert hatte, als der anglikanische Primas, Erzbischof *A. M. Ramsey*, den Papst besuchte. *Ch. Hollis* ist („Catholic Herald“, 10. 1. 69) der Meinung, Paisley tue mehr für die nordirischen Katholiken als irgend jemand, da er den militanten nordirischen Antikatholizismus für alle vernünftigen Protestanten sichtbar ad absurdum geführt habe. Über die zahlenmäßige Stärke der aktiven Anhänger Paisleys gibt es nur Schätzungen, die sich zwischen 3000 und 5000 bewegen. Die Zahl der Sympathisanten dürfte allerdings um ein Vielfaches höher liegen (was sich an der Zahl der Wählerstimmen ablesen läßt, die für Paisley oder seine Freunde abgegeben wurden). Der Erfolg Paisleys beruht in der Hauptsache darauf, daß es ihm immer wieder gelingt, jahrhundertealte Ressentiments, untergründiges Mißtrauen und nur notdürftig verdrängte Animositäten zwischen Katholiken und Protestanten mit demagogischen Mitteln zu reaktivieren und für seine Ziele nutzbar zu machen.

Alte Querelen neu aufgebrochen

Angesichts der Tatsache, daß sich die Beziehungen zwischen Katholiken und Protestanten nicht nur innerhalb der sechs Grafschaften, sondern auch zwischen Nord- und Südirland selbst nach Aussage des südirischen Premierministers *Lynch* (vgl. Bulletin of the Department of External Affairs Nr. 792, v. 21. 11. 68) stetig verbessert haben (vgl. D. Fennel: „The Changing Face of Catholic Ireland“, London 1968, S. 60f.), ist es berechtigt, nach den aktuellen Anlässen der Unruhen zu fragen, die seit Oktober vergangenen Jahres das sonst am Rande des politischen Geschehens Europas situierte Nordirland heimgesucht haben. Demonstrationen der katholischen Minderheit hat es immer gegeben. Und immer wieder wurde im Londoner Parlament auf die Diskriminierung des katholischen Bevölkerungsteils in Nordirland hingewiesen. Bereits im April 1967 hatte die Londoner „Times“ eine Untersuchung der Zustände in Nordirland durchgeführt. Man fand, daß alle Anliegen der Bürgerrechtsbewegung legitim waren. Aber erst die Zusammenstöße mit der Polizei, die sich in Londonderry am 5. und 6. Oktober 1968 ereignet haben, führten zu einer Eskalation auf beiden Seiten. Es gab 96 Verletzte und 76 Verhaftungen. Die Ausschreitungen ereigneten sich, weil ein Protestmarsch, der von der Bürgerrechtsbewegung organisiert war, von dem am 11. Dezember 1968 demissionierten Innenminister *Craig* verboten worden war. Am 9. Oktober protestierten etwa 1500 katholische Studenten in Belfast gegen das brutale Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen in Londonderry. Eine Gegendemonstration der von *I. Paisley* organisierten und von *Major Bunting*, einem Anhänger *Paisleys*, geführten „Ulster Volunteer Force“ wurde behördlich untersagt (vgl. „Catholic Herald“, 11. 10. 68). Die Unruhen griffen rasch auch auf andere Städte über. In Dublin kam es am 13. Oktober zu Zusammenstößen mit der Polizei, als Demonstranten vor der britischen Botschaft eine englische Flagge verbrannten. Premierminister *Lynch* (Republik Irland) gab am 15. Oktober 1968 in einer Erklärung vor dem südirischen Parlament die Teilung des Landes, die eine Folge der englischen Politik sei, als den eigent-

lichen Grund für die Vorkommnisse in den „Six Counties“ an (vgl. Bulletin of the Department of External Affairs, 15. 10. 68). Am 19. Oktober kam es in Londonderry zu einer Sitzstreik-Demonstration an den alten Stadtmauern, die aber friedlich verlief. Weitere Demonstrationen fanden statt am 25. Oktober in Belfast, am 11., 16., 18. und 19. November in Londonderry, am 30. November in Armagh; dann kam es im neuen Jahr, am 4. und 5. Januar, wiederum in Londonderry zu ernsthaften Zwischenfällen, als der am 1. Januar in Belfast begonnene Protestmarsch der Bürgerrechtler dort eintraf. Nach Angaben der Londoner „Times“ (6. 1. 69) sollen Polizisten nachts systematisch Fensterscheiben in zwei hauptsächlich von Katholiken bewohnten Straßenzügen Londonderrys eingeworfen haben. Daraufhin veranstalteten 1000 Frauen dieser Wohngegend einen Schweigemarsch zum Polizeirevier („The Guardian“, 7. 1. 69). Ein weiterer Höhepunkt in den Bürgerrechtskrawallen bildeten die Demonstrationen am 11. Januar in Newry, über die die Ordner die Kontrolle verloren hatten und in deren Verlauf sechs Polizeibusse in Brand gesteckt wurden. Es gab etwa 20 Verletzte, 23 Demonstranten wurden verhaftet. Die „religionskämpferische“ Note erhielten diese Auseinandersetzungen wohl in der Hauptsache durch die „Paisleyaner“. Führende Katholiken wie Protestanten in Nordirland sind sich jedoch darin einig, daß hier — wie Königin *Elizabeth II.* in ihrer Weihnachtsansprache betonte — „alte Querelen wiederaufgegriffen werden“.

Wenig Chancen für Reformen

Die Reformvorschläge des nordirischen Premierministers, die dieser in den Wahlkampf einbezog, sind bescheiden genug: 1. Die Zuteilung öffentlichen Wohnraums ist auf der Basis der Bedürftigkeit durchzuführen. 2. Überlegungen, wie die Beschwerden der Bevölkerung objektiv geprüft werden können. Gesetzliche Maßnahmen zur Bestellung eines parlamentarischen Beauftragten für Verwaltungsangelegenheiten. 3. Rasche wirtschaftliche und soziale Reformmaßnahmen im Gebiet von Londonderry (Arbeitslosigkeit, Obdachlosensproblem etc.). 4. Eine umfassende Reform und Modernisie-

rung der Strukturen der Kommunalverwaltungen bis Ende des Jahres 1971. Die Regierung wird eine Wahlrechtsänderung ins Auge fassen. Das sog. „Company-vote-System“, das Firmenunternehmungen mehrere Stimmen bei Kommunalwahlen erlaubt, soll noch früher abgeschafft werden. 5. Verzicht auf Anwendung gewisser Maßnahmen, die aufgrund des „Special Powers Act“ gestattet sind, die aber mit internationalen Verpflichtungen Großbritanniens in Widerspruch stehen (z. B. das Recht auf Festnahme und Inhaftierung von Störern der inneren Sicherheit des Landes ohne Prozeß).

Zurückhaltende Hierarchie

Diese Reformvorschläge können wohl als Ergebnis der Besprechungen gelten, die *O'Neill* mit Premierminister *Wilson* in London (am 6. Oktober und 4. November 1968) hatte. Daß sich die Bürgerrechtler nicht damit zufriedengeben und daß die nationalistische Opposition nicht einmal darüber diskutieren will, ist wenig verwunderlich. Die Bürgerrechtsbewegung, die sich für viel weittragendere Reformen eingesetzt hatte, ist in sich ein Sammelbecken verschiedenster Bestrebungen. Man sagt, die Vorsitzende, *Miß Betty Sinclair*, sei 36 Jahre lang Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen; junge Sozialisten, Liberale, Republikaner und Mitglieder der Labour Party gehören dieser Bewegung an, die gegen die Diskriminierung der Minderheiten und für soziale Gerechtigkeit für alle kämpft (vgl. „The Guardian“, 10. 1. 69). Die katholischen Bischöfe Nordirlands haben sich offen für die Ziele der Bürgerrechtsbewegung ausgesprochen, aber jegliche Gewaltanwendung verurteilt. Allerdings hatte *Kardinal Conway* ausdrücklich abgelehnt, den nordirischen Katholiken irgendwelche Wahlempfehlungen zu geben. Angesichts des Wahlergebnisses fragt man sich mit Recht, ob Nordirland ohne eine mehr oder weniger direkte Intervention der britischen Regierung mit den innenpolitischen Mißständen fertig wird, die in „Le Monde“ (21. 2. 69) mit denen im amerikanischen Staat *Alabama* verglichen werden, oder ob Premierminister *O'Neills* schon am 9. Dezember 1968 geäußerte Befürchtung, wonach das Land „am Rand des Chaos“ steht, zutrifft.